

Die GAL in der selbstbewussten Bürgergesellschaft
Schritte zur Verbesserung unserer innerparteilichen Demokratie
Antrag zur LMV am 29.10.2011

5 **Antragsteller:** Kurt Edler (KV Altona), Ansgar Schröder-Fujinari (KV Mitte), Dr. Till
Steffen (KV Eimsbüttel), Peer Kaeding (KV Altona), Benni Bechtel (KV Eimsbüttel),
Dr. Karl-Heinz Karch (KV Mitte), Peter Schulze (KV Harburg), Fabian Klabunde (KV
10 Eimsbüttel), Sava Stomporowski (KV Altona), Volker Bulla (KV Eimsbüttel), Wolfgang
Lünenbürger-Reidenbach (KV Wandsbek), Lars Brücher (KV Altona), Antje Radcke
(KV Wandsbek), Katja Husen (KV Altona), Prof. Dr. Marlis Dürkop-Leptihn (KV Eims-
büttel), Dr. Bettina Kähler (KV Altona).

I. Herausforderungen

15 **Die neue Demokratie**

Der gesellschaftliche Wandel und die politischen Veränderungen, die sich in den
20 dreißig Jahren seit der Gründung der GAL vollzogen haben, stellen alle demokrati-
schen Parteien vor große Herausforderungen. Ihr Selbstverständnis, ihre Praxis, ihr
Stil passen offenkundig immer weniger zu den Ansprüchen, die selbstbewusste de-
mokratische Akteure an sie stellen. Das ergibt sich zum einen aus der politischen
Großwetterlage. Von Tunis und Kairo bis Stuttgart beginnt eine monologische, be-
vormundende Politik zu kollabieren - ob als Diktatur oder als demokratisch legitimier-
25 te Hauruck-Politik von oben. „Empört euch“¹ ist zur Parole einer jungen Generation in
Nordafrika, im Nahen Osten und in Europa geworden.

Auch in Deutschland tut sich was. Die klassische Parteipolitik erlebt eine Akzeptanz-
30 krise mit womöglich letalem Ausgang. Neue Bürgerinitiativen und Parteien schießen
wie Pilze aus dem Boden. Neue, demokratischere Medien helfen dabei. Es wird ein-
facher, zu kommunizieren und zu intervenieren. Das Verhältnis zwischen Staat,
Nichtregierungsorganisationen und politisch hochwirksamen Einzelpersonen wandelt
sich. Dialogische Politikformen setzen sich allmählich als demokratischer Standard
35 durch. Plebiszitäre Verfahren etablieren sich; ihre Einführung wird sogar von politi-
schen Kräften unterstützt, denen wir dies früher nicht zugetraut hätten. Überall ist ein
alter, missionarisch-paternalistischer Politikstil auf dem Rückzug.

Die „Basisdemokratie“ - einst abgetan als sonderbare Spinnerei einiger Öko-Freaks
40 und Graswurzel-Ideologen - kommt, in geläuterter Form, zu neuen Ehren. Bürgerin-
nen und Bürger wollen mitentscheiden. Dies ist eine Erkenntnis, die wir aus „Stuttgart
21“ und den Volksabstimmungen in Hamburg ziehen müssen. Jedoch - ausgerech-
net den Grünen als den (selbsternannten) Erben der Protestbewegungen von einst
beschert das neue, ja ungeahnte Probleme. Das gilt auch für Hamburg. War die GAL
45 noch Mitte der neunziger Jahre parlamentarische Pionierin einer bürgerfreundlichen
Verfassungsreform, so musste sie 2010 mit Erschrecken feststellen, dass ganz an-

¹ Das kleine Traktat des 92jährigen Résistance-Kämpfers Stéphane Hessel („Indignez-vous!“) ist inzwi-
schen mit Millionenaufgaben das Kultbuch einer neuen jungen Protestgeneration in den genannten Regionen.

dere Kräfte als sie es sich wünschte von den neuen Möglichkeiten der Volksabstimmung Gebrauch machten. Längst machen sich alle möglichen Interessengruppen in dieser Stadt die neuen Mitsprachemöglichkeiten zunutze. Eine Bürgerschaftsmehrheit, ja, selbst ein vollständiger Bürgerschaftskonsens bietet keine Sicherheit mehr gegen die freie Assoziation von Unzufriedenen. Es gibt ab jetzt eine doppelte Opposition. Das politische Fertiggericht aus dem Rathaus mundet nicht mehr.

Ein kritischer Blick auf uns selbst

Wer in einer solch selbstbewussten Umgebung weiter Politik machen will, muss sich umstellen. Dazu gehört als erstes ein nüchterner Blick auf die Verhältnisse in der eigenen Partei. Die Frage ist: Hat die GAL mit ihrem bisherigen Selbstverständnis und ihrer Organisation noch eine Chance? Die Aufarbeitung der Wahlniederlage vom 20.2.11 hat unter anderem zu einer überraschenden Einsicht geführt: Die Mitglieder der GAL haben zu wenig zu sagen. Beanstandet wurde von vielen Beteiligten der *closed shop* von Vorstand, Fraktion und Behördenleitungen, die mangelnde Einbeziehung der Mitglieder in die Politikentwicklung sowie ganz generell ein Niedergang der Debattenkultur. Gerade weil der Landesverband erfreulich viele Beitritte verzeichnet, muss er sich fragen, welche attraktiven Möglichkeiten er seinen neuen Mitgliedern für ein wirksames politisches Engagement bietet.

Das ist keine Frage des Stils, sondern der demokratischen Glaubwürdigkeit. So wie die GAL strukturiert ist, kann sie ihre eigenen Ansprüche nicht erfüllen. Es haben sich im Laufe der Jahre problematische Handlungsrouninen eingeschlichen. Es gibt - auch das ist ein Ergebnis unserer kritischen Rückschau - kein Forum, kein Gremium, in dem Mitglieder und Entscheidungsträger/innen über die GAL-Politik beratschlagen. LAGen entwickeln Fachpolitik, aber in der Regel keine Politikvorschläge für den Landesverband insgesamt. Die GAL ist in der Primarschulkampagne auch deshalb gescheitert, weil die gesamte Partei quasi als verlängerter Arm der Schulbehörde und der Kampagne Schulverbesserer engagiert war und es keinen Rahmen in der Partei gab, um die strategische Ausrichtung der Kampagne mit einer nüchternen, kritischen Analyse der Stimmung in der Stadt zu konfrontieren und zu hinterfragen.

Häufig steht die GAL mit einem Strauß von fachpolitischen Blumen in der Hand da. Mitgliederversammlungen sind zunehmend Inszenierungen für die Medien; ein Diskurs findet auch hier nicht statt. An den elektronischen Foren beteiligen sich die meisten Funktionäre und MandatsträgerInnen nicht. In den Wahlkreisen ist das Personal zu klein, um wirklich von Öffentlichkeit reden zu können.

Grüne Politik ist in Hamburg erstaunlich privat. Das Wechselspiel zwischen Parteistruktur und Mentalität hat innerparteilich einen Politikstil gefördert, der mit dem politischen Grundkonsens der Grünen kaum zu vereinbaren ist. Denn unsere Wunschvorstellung von unseren Wählerinnen und Wählern ist, dass sie denkende Menschen sind, die in den Betrieb der Republik eingreifen und nicht den Versuchungen des Rechts- oder des Linkspopulismus erliegen. Wenn wir diesen Wunsch hegen, können wir uns keine Parteistruktur erlauben, die die Mitglieder entmündigt. Ganz im Gegenteil - wir wünschen uns politisch intelligente, kritische Mitglieder, die - jedes für sich - ihre persönlichen Entwürfe eines guten demokratischen Verfassungsstaates im Kopf haben und sich für eine unkritische Gefolgschaft und Jubelveranstal-

95 tungen zu schade sind. Wir sollten uns hüten, den Führerkult anderer Parteien nach-
zuahmen.

100 Wer von der Parteibasis in die Rathäuser entsandt wird, wird dort nicht hingeeamt,
um die Plattform leer zu hinterlassen und von oben zu winken. Demokrat/in ist nur,
wer in ständiger Rücksprache mit der Basis klärt, wie ihr/sein Auftrag gemeint ist.
Dies heißt auch, die persönliche politische Verantwortung für eigene Fehlentscheidungen zu übernehmen. Wenn es den Grünen nicht gelingt, in dieser Hinsicht ein attraktives demokratisches Vertretungsmodell zu installieren, wird die politische Entfremdung zwischen Basis und Führung weiter zunehmen. Im zurückgezogenen Landesvorstandspapier für den Landesauschuss am 30.8.11 ist die Bedeutung dieser Frage nicht erkannt worden. Der LaVo hat die zentralen Fragen von Machtteilhabe und Machtausübung nicht erörtert und hat Transparenz lediglich als ein Kommunikationsproblem behandelt. Jedoch haben wir nicht nur ein Kommunikations-, sondern ein elementares **Partizipationsproblem** in Bezug auf die Parteimitglieder.

110

Vorbildfunktion der GAL

115 Wenn die GAL mit ihrer innerparteilichen Demokratie zu einem Vorbild für andere demokratische Parteien und Verbände werden will, muss sie **demokratischer sein** als der Durchschnitt der bekannten Organisationen. Nur dann wird sie zu einem Anziehungspunkt für starke demokratische Persönlichkeiten, die bei uns ihre eigenen Vorstellungen dem Diskurs aussetzen und selber mit anpacken wollen. Deshalb sollten wir so bescheiden sein, uns zu sagen: **Vielleicht sind die Besten noch gar nicht bei uns!** Nur wenn wir so denken, bringen wir Gesprächspartnern auf der Straße und Sparringspartnern im Ring den Respekt und die Aufmerksamkeit entgegen, die nötig sind, um neue Kontakte und Kooperationen aufzubauen.

120

125 Das bedeutet nicht, das bei der GAL bereits vorhandene **Kapital an Kompetenzen** zu ignorieren. Aber um es bergen und nutzen zu können, müssen wir es erst einmal kennen. Eine kluge Partei nutzt alle Talente. Vor einer großen, schwierigen Aufgabe zu stehen und allein unter den Amtsinhabern nach jemandem zu suchen, der sie bewältigen kann, ist töricht. Solange die Partei jedoch gar nicht fragt, was ein Mitglied in Beruf, Familie, Ehrenamt usw. leistet, kann sie seine Kompetenzen auch nicht wertschätzen und abrufen.

130

135 Im Bund sind wir Grünen gerade dabei, uns als drittstärkste Kraft zu etablieren. Hieraus können wir eine erhebliche Zuversicht und Gelassenheit gewinnen, verbunden mit einem geduldigen, aber entschlossenen Blick über den Zaun: **Wir haben die anderen Parteien verändert, und wir werden sie noch weiter verändern.** Diese Haltung ist einer eifersüchtigen, bornierten Parteienkonkurrenz völlig entgegengesetzt.

Politische Inklusion und Streitkultur

140 Mit der hier geforderten politischen Offenheit und heiteren Souveränität - als Bedingung politischer Durchsetzungsfähigkeit - verträgt sich ein Freund-Feind-Denken nicht. Wir sind längst der Rolle entwachsen, nur *ein* gesellschaftliches Milieu, nur *einen* Lifestyle zu vertreten. Wenn wir so optimistisch sind, die ganze Bundesrepublik zum Besseren verändern zu können, müssen wir bereit sein, uns positiv auf die *gan-*

145 ze Gesellschaft zu beziehen und kritische Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.
Was uns im politischen Wettbewerb stärken wird, ist eine selbstbewusste und zu-
gleich offene Haltung der **politischen Inklusion**.

150 Das gilt auch für den innerparteilichen Umgang. Es darf nicht sein, dass ein Partei-
mitglied sich fürchtet, bei der Partei das Wort zu ergreifen und womöglich dem gan-
zen Saal zu widersprechen. Gerade wenn wir uns zu einer Zwanzig-Prozent-Partei
entwickeln, ist der innere **Meinungspluralismus** ein unverzichtbares Qualitätsmerk-
mal unserer eigenen Demokratie. Widerborstigkeit ist ein genuin grünes Qualitäts-
merkmal.

155 Bei der GAL ist heute jedoch leider die Tendenz verbreitet, Gegensätze wegzumode-
rieren, so, als wäre ein politischer Konflikt etwas Schlechtes. Das hierin liegende
Fehlverstehen resultiert aus der Verwechslung von Politik- und Privatsphäre. Es
bleibt jedoch festzuhalten: **Alle Demokratie ist Streit**. Und zur politischen Streitkul-
tur gehören nun mal Zwischenrufe, Polemiken, Witze - und kollektive Gefühlsbekun-
160 dungen des Plenums. Es muss Leben in der Bude sein. Eine Partei ist auch ein Ver-
ein. Wenn wir die GAL als konfliktfreien, leisen Schonraum einrichten wollten, würde
sie keine Gelegenheit für den politischen Nachwuchs bieten, sich in freier Wildbahn
zu bewähren.

165 **Mandat und Verantwortung**

Mandate und Funktionen werden auf Zeit vergeben. Wer sie innehat, muss in der
Demokratie schon mal über seine Nachfolge nachdenken. Wir sind eine Partei der
Rotation. Als demokratische Partei wünschen wir uns daher Menschen, die dies rea-
170 lisieren *können* - die also *für* die Politik leben, ohne *von* ihr leben zu müssen. Nur wer
möglichst wenig von seiner Partei abhängig ist, kann es sich erlauben, in kritischen
Situationen den Mund aufzumachen und laut und vernehmlich Nein zu sagen. Dieje-
nigen, die zeitweilig von ihr abhängig sind, müssen von uns geradezu ermuntert wer-
den, dennoch den Mund aufzumachen. Wir wollen keine politische Loyalität ohne
175 persönliche Überzeugung. **Zivilcourage fängt in der eigenen Partei an**.

Das gilt auch für die Beziehungen zwischen den Gremien, Ämtern und Mandaten.
Was unseren Senatsmitgliedern in der letzten Wahlperiode fehlte, war die systemati-
sche Begleitung durch **selbstbewusste, kritische Gegenparts**. Die Einbindung poli-
180 tischer Freunde in eine Behördenstruktur kann zum Verlust genau derjenigen kriti-
schen Instanz führen, die einen vor den großen politischen Torheiten bewahrt. Be-
sonders unsere kleineren Gremien wie die LAGen müssen sich fragen, ob bei ihnen
überhaupt ein nennenswertes Meinungsspektrum existiert, das der gesellschaftlichen
Bandbreite - zumindest im breiteren grünen Umfeld - entspricht. Ein Sektenwesen,
185 bei dem eine kleine Gruppe sich auf einen einzigen Standpunkt verengt, können wir
uns nicht leisten, weil es uns unfähig macht, mit der riesigen Komplexität der öffentli-
chen Meinungsbildung umzugehen. Scheuklappen wären da fatal. **Ein innerpartei-
licher Meinungspluralismus muss für uns daher eine Selbstverständlichkeit
sein**. Auch der neue Landesvorstand muss diesem Anspruch gerecht werden. Wofür
190 jemand persönlich steht, wird erst in der Kontroverse mit anderen Standpunkten er-
kennbar.

II. Aufgaben

195 Der politische Zusammenhalt des Landesverbands wird durch das neue Wahlrecht
auf eine harte Probe gestellt. Die Zusammensetzung jeder künftigen Bürgerschafts-
fraktion wird solange den Geschmack politischer Stochastik behalten, wie wir es
nicht schaffen, eine wahlkreisbasierte Politikentwicklung und Verständigung zu instal-
lieren. Wir Mitglieder wollen die Katze nicht im Sack kaufen. **Die Person, die im**
200 **Wahlkreis erwartet, als Kandidat/in aufgestellt zu werden, muss der GAL über**
ihre politische Position und ihre persönliche Eignung Auskunft geben - dem
gesamten Landesverband und nicht nur den wenigen, die sie wählen - und sie
muss sich kritischen Nachfragen stellen. Demokratische Transparenz beginnt bei
der eigenen Person.

205 Nicht nur hier, sondern bei der gesamten Kandidatenauslese der GAL für Ämter und
Mandate muss ein deutliches Demokratiedefizit überwunden werden. Niemand kann
nach einem abgelesenen Dreiminutenbeitrag verantwortungsvoll entscheiden, ob die
dort vorn kandidierende Person Vertrauen verdient und kompetent ist. **Im Landes-**
210 **verband müssen daher Routinen eines Kandidatenchecking installiert werden,**
die es erlauben, mit den Kandidierenden in einen kritischen Dialog zu treten.
Die Kurzvorstellung auf der LMV reicht nicht aus; die schriftliche Vorstellung lässt
nicht selten alle Fragen offen. Wir Mitglieder reklamieren für uns das demokratische
Recht, Kandidaturen auf der Basis einer echten politischen Meinungsbildung zu be-
215 urteilen. Die bisherige Form der Vorstellung ist oft eine reine Farce.

Einen richtigen Fortschritt erreichen wir in dieser Sache jedoch erst, wenn wir die
Kandidatenaufstellung zu einem **Kontrakt** machen - zwischen den Mandatierten und
uns. Das muss die Gewissensfreiheit und die notwendige politische Beweglichkeit
220 nicht beeinträchtigen. **Wir brauchen eine formell von der Partei verabschiedete**
Empfehlung, in der innerparteiliche Kommunikationsregeln für die Fraktionen
festgelegt werden. Bürgerschafts- und BezirkskandidatInnen können dann er-
klären, inwiefern sie gedenken, sich daran zu halten. Vorstandsmitglieder müs-
225 **sen bei ihrer Wahl Verantwortung für Politikbereiche übernehmen; so kann die**
Parteibasis präziser fragen, ob und inwiefern sie für diese Tätigkeit qualifiziert
sind. Durch den **Vorwahldialog** hierüber kann Kompetenz nachgewiesen und Ver-
trauen geschaffen werden.

Mitgliederversammlungen und Landesausschuss haben bisher nur unzureichend
230 Routinen der konkreten Verpflichtung und Rechenschaftslegung entwickelt. Bei der
GAL muss sich eine Kultur der Verbindlichkeit entwickeln, die sowohl das Auskunfts-
und Kommunikationsverhalten der politisch Verantwortlichen als auch die Rückmel-
deroutinen bei Aufträgen und Anfragen betrifft. **Hierzu muss der neue Landesvor-**
235 **stand gemeinsam mit einer zu bestimmenden Kommission konkrete Standards**
definieren und sich verpflichten, ihre Einhaltung zu überprüfen. Die schon vom
Landesausschuss am 30.8.11 befürwortete neue Plattform kann dazu beitragen,
neue Routinen einer Berichterstattung zu installieren, die der Parteibasis
einen Einblick in die Politikentwicklung ermöglicht. Zeit, Ort, Form und Qualität
240 **eines solchen Informationswesens bedürfen der innerparteilichen Vereinba-**
rung.

Die soeben skizzierten Maßnahmen dienen allesamt der Stärkung der Stellung des Parteimitglieds. Nur eine **informierte und involvierte Parteibasis** kann die demokratische Willensbildung realisieren. Nur dann, wenn das Mitglied Einfluss nehmen
245 kann, ist ein Engagement bei den Grünen überhaupt attraktiv. Parteiinterne Demokratie ist keine Einbahnstraße: Wenn Mandatsträger sich zu einem verbindlicheren und gehaltvollen Austausch mit der Basis verpflichten, ist es nur fair und sinnvoll, dass zentrale politische Dialoge nicht in einem niveaureichen Kaffeeklatsch enden.

250 Aber auch das **Verhältnis zwischen den Parteigremien** ist eine Frage der Demokratie. Hier gibt es ebenfalls viel zu tun. So ist die Beziehung der **Landesarbeitsgemeinschaften** zur Parteibasis und zu den Vorständen völlig ungeklärt. Auch in den Konflikten mit der Fraktion hat sich gezeigt, dass wir bisher die Rolle und die Aufgaben der LAGen nicht klar definiert haben. Ebenso wenig ist der Ort klar, an dem
255 Fachabgeordnete über ihre Fachpolitik Rechenschaft ablegen können. In Regierungszeiten besteht die Gefahr, dass die LAGen zu bloßen Hilfstruppen der grünen Senatsressorts degenerieren. Die LAGen arbeiten im Allgemeinen ohne Parteiauftrag und ohne Berichterstattung an irgendeinem Thema - ob und wie sie tätig sind, bleibt dem Rest der Partei meistens verborgen. **Daraus folgt, dass die zu wählende**
260 **Satzungskommission sich auch in dieser Hinsicht mit den blinden Flecken unserer bisherigen Satzung befassen muss. Status und Funktion der LAGen müssen präzisiert werden.**

Die überkommene LAG-Fachstruktur kann **Querschnitt-Themen** nicht erfassen, führt manchmal zu unproduktiven Konkurrenzen und ist vor allem in Gefahr, Probleme der allgemeinen Politik auszublenden. Vermittlungsprobleme kommen ebenso zu kurz wie die **politische Generaldebatte**. Auf dieser Basis kann bei Neueinsteigern in den LAGen politische Handlungskompetenz kaum entstehen. Die zukünftige GAL-
270 GAL zu gefährden; sie muss diskussionsfreudig, konflikt- und urteilsfähig und mit allen Wassern gewaschen sein. Daher muss die GAL neben ihrer Fachstruktur Projekte auflegen, die die fachübergreifenden Problemstellungen der regionalen, der Bundes- und der internationalen Politik bearbeiten. **Projektgruppen können eine neue Ebene neben den LAGen bilden.**

275 Es kann nicht sein, dass die „großen Fragen“ weiterhin im stillen Kämmerlein von wenigen Mandatsinhabern entschieden werden. Wir Mitglieder wollen Gelegenheit bekommen, mit Vorständen und Fraktionen die Generallinie des Landesverbands vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung zu erörtern. Die GAL braucht
280 einen **Ort, an dem sich in der Zeit zwischen den Mitgliederversammlungen und Landesausschüssen der politische Parteidiskurs abspielt**. Nur so kann sich die Parteiführung in der aktuellen Lageeinschätzung ein Feedback bei der Basis holen und schwerwiegende Fehleinschätzungen künftig vermeiden. Eine solche Plattform muss - in welcher Form auch immer sie verwirklicht wird - zugleich zum Gedächtnis
285 der Partei werden.

In der Vergangenheit sind mehrere Parteientwicklungsprozesse daran gescheitert, dass sich Abgeordnete und Vorstandsmitglieder nicht beteiligt haben. Ihre hohe Arbeitsbelastung und ständige Zeitnot sind ein Dauerproblem. Die Mitgliederversammlung gibt dem neuen Vorstand und der Fraktion auf, **ein neues Modell der verbind-**

lichen, beteiligungssicheren Beratung mit der Parteibasis zu entwickeln und sich zu einer Beteiligung an der neu zu schaffenden Internetplattform zu verpflichten.

295 Demokratie bedeutet nicht nur Wahlrecht, sondern auch die Möglichkeit zu einer
wirklichen Wahl zwischen mehreren Bewerbungen. Die Personaldecke der GAL ist
beängstigend schmal. Personalwahlen ohne eine Kandidatenauswahl sind Wahlen
zweiter Klasse. Wir haben uns schon viel zu sehr an sie gewöhnt. In dem geringen
300 Altersdurchschnitt der Partei liegt eigentlich eine riesige Chance. Die GAL muss ein
systematisches Verfahren der **Mitgliedergewinnung und Nachwuchsförderung**
entwickeln und dieses mit einem Angebot an **politischer Bildung** verbinden. Wir
heißen alle Quer- und Späteinsteiger willkommen! „Nachwuchs“ in diesem Sinne
kann man auch mit 74 sein. -

305 Der vorliegende Antrag enthält ein Handlungs-Programm. Er stellt **hohe Ansprüche**
an alle Verantwortlichen und an die gesamte Partei - hohe Ansprüche, vor denen wir
aber nicht zurückscheuen dürfen, wenn wir die GAL zu einem Ort machen wollen, an
dem der **ambitionierte politische Diskurs dieser Stadt** stattfindet.

310

Folgende GAL-Mitglieder erklären ihre Unterstützung für diesen Antrag:

Harald Vieth (KV Eimsbüttel), H.G. Dittrich (KV Nord), Nicolaus Herbst (KV Altona),
315 Andreas Kabisch (KV Eimsbüttel), Peter Schwanewilms (KV Altona), Eva Pertzborn
(KV Altona), Susanne Peters (KV Nord), Hans-Jürgen Schirmer (KV Eimsbüttel), Ne-
bahat Güçlü (KV Altona), Peter Zamory (KV Altona), Otfried Hilbert (KV Wandsbek),
Paul Nellen (KV Mitte), Gudrun Köncke (KV Altona), Thomas Führt (KV Wandsbek),
320 Frank Berka (KV Nord), Silke Bluhm (KV Eimsbüttel), Wolfgang Krechlok (KV Alto-
na), Bernhard Kaiser (KV Eimsbüttel), Volker Neukamm (KV Harburg), Karl-H. Büch-
ner (KV Eimsbüttel), Karin Püschel (KV Eimsbüttel), Aksel Wundrach (KV Eimsbü-
ttel), Claudius Lieven (KV Mitte), Ulrike Becker (KV Eimsbüttel), Holger Gundlach (KV
Wandsbek), Sören Janssen (KV Mitte), Holger Giza (KV Altona), Marie Teske (KV
Eimsbüttel), Hilly Gosch (KV Nord).

325

Weitere Unterstützungserklärungen mit Angabe eures GAL-Kreisverbandes bitte per
Email an kurt@edlerhh.de .